



Wahl 2005

Gegenwind

Zeitung für Arbeit, Frieden, Umweltschutz

Gegenwind 211

Wilhelmshaven

September 2005

Wählen!? Nicht wählen!?

Merkel verhindern oder die linke Opposition stärken?
Um diese Frage geht es bei der Bundestagswahl 2005.



Links wählen!

Linkslastig zeigt sich dieser Gegenwind. Informationen über Die Linke finden Sie diesmal auf beinahe jeder Seite dieser Ausgabe. Los geht's auf Seite 2 mit 'Wählen gehen!'

Auf Seite 3 informieren wir Sie über die programmatischen Aussagen der Linkspartei, wie sich die PDS nach ihrer Öffnung für WASG-Mitglieder nennt.

Wie stehen die Gewerkschaften zum neuen Linksbündnis? Das Ergebnis unserer Recherche finden Sie auf Seite 4.

Angie Merkel war in Wilhelmshaven. Wir berichten auf Seite 5 über die parteipolitische Berichterstattung der Wilhelmshavener Zeitung und schildern unsere Eindrücke der Veranstaltung.

Die WZ macht nicht nur Reklame für die CDU - sie missachtet auch die WASG. Hat man in der Parkstraße vielleicht Angst vor der Realität? Seite 6.

Ebenfalls auf Seite 6 stellen wir Ihnen Dirk Metzner vor. Dirk Metzner? Ach ja, das ist doch der, der auf der Couch zum Bundestagskandidaten wurde.

Professor Schui ist den ständigen GegenwindleserInnen bestens bekannt. Pünktlich zur Bundestagswahl liest er auf Seite 7 den Parteien des Neoliberalismus die Leviten.

Peter Cordes hat die Wohnungsbaugesellschaft Jade verlassen - eine erste Folge des Verkaufs an die Höllenhunde. Wie sich die Jade in Zukunft entwickeln wird, darüber erfahren Sie einiges auf Seite 8.

Naziaufmarsch in Oldenburg: 100 Faschisten und 3000 Polizisten. Wir waren dabei und berichten auf Seite 9.

Ist Niedersachsen Vorreiter in Sachen Anerkennung der Rechenschwäche als Teilleistungsstörung, so wie es das Ministerium behauptet? Lesen Sie dazu Seite 10.

Eine Geschichte aus dem Tollhaus Job-Center erzählte uns Jessica - wir haben sie auf Seite 11 niedergeschrieben.

Dass es anders werden muss, damit es weitergehen kann wie bisher, ist das Leitmotiv der parlamentarischen Demokratie wie der Pferdpost, die ihre Zugtiere ja auch nicht wechselte, um die Route zu ändern. (Hermann Gremliza, Konkret 9/2005)

Wählen gehen!?

Ist die Gegenwind-Redaktion jetzt völlig abgedreht? Ein ganzer Gegenwind voll mit Informationen über Die Linke, dem Zusammenschluss von Linkspartei/PDS und WASG?

Wir haben lange diskutiert, ob wir so etwas machen können. Das Ergebnis liegt vor Ihnen: Wir meinen, dass wir können, dass wir müssen.

Die Gründe dafür sind schnell genannt: Der Gegenwind versteht sich als *"Diskussionsforum der Linken"*, so heißt es in unserer Präambel, der einzigen richtungweisenden Aussage, die es seit dem Bestehen des Gegenwind gibt. Und diese Diskussion über die neue Chance, linke Politik wieder organisieren zu können, sahen und sehen wir in der deutschen Pres-selandschaft als nicht möglich an. Wir wollen und müssen diese Debatte aber führen – wie der vorliegende Gegenwind eindringlich nachweist.

Angetreten sind SPD/CDU/FDP und noch so manche andere Gruppierung, um die Grundsätze des 'Neoliberalismus' in die Tat umzusetzen. Georg Fülberth, Marburger Politikprofessor dazu in 'konkret' 9/2005:

"Unter Neoliberalismus verstehen wir nicht so sehr einen Gesellschaftszustand als eine Strategie, die mit folgenden Mitteln arbeitet:

1. Senkung der Einkommen-, Unternehmens-, Kapitalertrags- und Vermögenssteuern sowie der Staatsausgaben
2. Privatisierungen öffentlichen Eigentums
3. Deregulierung der Arbeitsbeziehungen
4. Kürzung von Sozialausgaben, zumindest teilweiser Übergang der Funktionen sozialer Sicherung von staatlich garantierten und paritätisch organisierten Trägern an private Finanzdienstleister,
5. Rücknahme staatlicher Investitions- und Steuerstätigkeit und deren Ersetzung durch das *laissez faire* (ungefähr: das freie Spiel, Gegenwind) der (internationalen Finanz-)Märkte,
6. Priorität der Geldwertstabilität
7. Lohnsenkungen

Seit der letzten Bundestagswahl hat sich eigentlich nichts geändert – die CDU ist nicht wählbar, die SPD hat sich in den sieben Jahren ihrer Regierungsverantwortung zu einer mit gutem Gewissen nicht wählbaren Partei des Neoliberalismus entwickelt.

Schröder führt immer wieder in die Diskus-

sion, dass gerade die SPD es war und ist und sein wird, die die Forderungen des Neoliberalismus mit Leben erfüllt und erfüllen wird.

Die FDP

und andere Lobbyistenvereine sollten bei einer Stimmabgabe gar nicht erst in Betracht kommen, denn hier ist von linker Politik nicht ein Hauch zu spüren, im Gegenteil: West-welle und Co. sind angetreten, den Arbeitnehmerrechten den Garaus zu machen – und was noch schlimmer ist: Die sagen das auch noch ganz laut!

Die Grünen?

Auch hier gibt es nichts Neues – die Grünen stehen immer noch für den Krieg in Jugoslawien und für Auslandseinsätze der Bundeswehr rund um den Globus. Bei den Bürgerrechten sind sie inzwischen sogar schon weit hinter die FDP zurückgefallen, und der Umweltschutz findet nur noch auf Umweltschutztagen statt. Die nationalistische Fahne wird in dieser Partei jetzt auch wieder kräftiger geschwungen, wie u.a. Ministerin Künasts Äußerung 'Deutsche kaufen deutsche Waren' deutlich machte.

Neu im Sortiment:

die Linkspartei! Ein Zusammenschluss aus der Anti-Hartz-IV-Partei WASG und der PDS. Auch diese Partei würde völlig unter den Tisch fallen, hätten sie nicht zwei Leitfiguren engagiert: Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. Die beiden sorgen dafür, dass wieder ein wenig Salz in den tristen Bundestagsparteieneintopf eingestreut wird.

Und wie es scheint, wird diese neue Linkspartei sich auch einen Stück vom Kuchen abschneiden können – bundesweite 7-8 Prozent (manche sagen gar zweistellige Prozentzahlen voraus) sollten schon möglich sein.

Ob eine starke Linkspartei in der Konsequenz heißen muss, dass nur eine große Koalition eine regierungsfähige Mehrheit realisieren kann, muss dahingestellt bleiben. Es gibt eben auch das Koalitionsgedankenspiel 'Rot-Rot-Grün'.

Eine große Koalition wäre natürlich entlarvend für alle und würde dazu beitragen, die nebulösen Wahlaussagen zu entschleiern. Doch auch das dürfte klar sein: Merkel und Schröder haben das gleiche Ziel (siehe die 7 Punkte des Neoliberalismus weiter oben), eine große Koalition würde der SPD mehr erlauben als eine Regierung ohne die CDU/CSU.

Gerade seit dem "Fernsehduell" Merkel – Schröder hat auch die Angst vor einer übermächtigen CDU wieder viele WählerInnen erreicht: Um Merkel zu verhindern, das "kleinere" Übel Schröder wählen. Dass er bzw. die SPD nicht wirklich ein kleineres Übel sind, beweisen die vergangenen 7 Jahre mit dem erbarmungslosesten sozialen Kahlschlag, den die Bundesrepublik je erlebt hat. Die

Wahl, ob Merkel oder Schröder an meinen Lohn gehen, die MWSt erhöhen, oder sonst etwas – das ist keine Wahl!

Warum sollte ich überhaupt ein Übel wählen? Gibt es nicht ein Menschenrecht, Scheiße nicht fressen zu müssen?

Dann gibt es für unseren Wahlkreis ja noch 2 Einzelbewerber: Claus Dieter Westerman und Günter E. Völker. Während Westerman seine stramm rechte Meinung schon bei diversen Anlässen (z.B. im Bürgerverein Bant) zum Besten gegeben hat, arbeitet Völker mehr mit den Mitteln des Briefbombardements. Völker schreibt jedem so lange Briefe über dessen Verfehlungen, dass der Angegriffene nicht einmal mehr Lust

verspürt, die Briefe von Völker überhaupt noch zu öffnen. Eine erkleckliche Sammlung dieser zugegeben oftmals recht interessanten Briefe ist unter der Adresse <http://www.bohrwurm.net/index.htm> im Internet archiviert. Doch so etwas als Grundlage für ein Bundestagsmandat?

Man kann es drehen und wenden, wie man will, es bleibt nur ein Ausweg: Den Neoliberalen aller Parteien in den großen Zeh zwacken – Links wählen!

Unsere Empfehlung für die letzte Bundestagswahl lautete: *"Wenn Sie wählen wollen, dann gehen Sie wählen; wählen Sie was sie wollen –*

nur machen Sie Ihr Kreuz nicht gerade bei Schill, NPD und Co. Wenn Sie nicht wählen wollen, dann gehen Sie nicht wählen und Sie können am Wahlabend sehen, dass Sie nicht alleine sind." (aus Gegenwind 182, September 2002)

Dem wollen wir auch in diesem Jahr nichts hinzufügen, außer dass Sie bitte für Schill einen Namen Ihrer eigenen Wahl einfügen können.

Hannes Klöpfer, Redaktion Gegenwind



Herausgeber: GEGENWIND-Verein
Postanschrift: GEGENWIND, Adolphstr. 21
26382 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 / 99 49 90
Fax: 0180-5060 3441 9546
eMail: gegenwind.whv@t-online.de

Redaktion: Uwe Brams, Erwin Fiege, Antje Jürgensen,
Hannes Klöpfer (verantwort. Redakteur), Anette Nowak,
Ame Schulz, Thomas Sobel, Imke Zwoch;
Druck: Beta-Druck; Auflage: 4.600 Exemplare
Bankverbindung: Volksbank Wilhelmshaven,
Kto.-Nr. 500 355, BLZ 282 900 63

Der GEGENWIND erscheint (nach Möglichkeit)
jeweils zum Monatsbeginn
Erscheinungstag dieser Ausgabe: 15.09.2005

**Gegenwind im Internet:
www.gegenwind-whv.de**

Wir bedanken uns bei den vielen Ungenannten, die durch ihre Mitarbeit, durch Informationen oder durch ihre Politik zum Erscheinen dieser Ausgabe beigetragen haben.

Die Linke wählen?

Die PDS heißt jetzt "Linkspartei" und hat WASG-Mitglieder in ihre Landeslisten aufgenommen

(ub) Der erneute Einzug der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) in den deutschen Bundestag wird vermutlich diesmal die bundesdeutsche Parteienlandschaft nachhaltig verändern. Das Bündnis aus PDS und der aus der sozialen Bewegung in Westdeutschland entstandenen WASG könnte drittstärkste Kraft im bundesrepublikanischen Parlament werden. Linke Spinner? Abenteuerliche Weltverbesserer mit Ostalgikern (Gysi) und narzisstisch Gekränkten (Lafontaine) in der Hauptrolle? Was will die neue Linkspartei?

In der bundesdeutschen Medienlandschaft stehen Sachthemen, geht es um die Berichterstattung über "die Linke", wie die gemeinsame Liste sich nennt, weiß Gott nicht im Vordergrund. Am 12. August 2005 erfährt der WZ-Leser in dem Artikel "Auf der Couch zur Kandidatur inspiriert" (wir berichten hierüber an anderer Stelle) vor allem eins: Die spinnen, die Linken!

Am Tag nach dem Parteitag der Linkspartei/PDS steht im Fokus der WZ-Berichterstattung der "Mittelstand". Der ist nämlich von einer Unternehmensberatung befragt worden und gibt laut einer WZ-Meldung auf Seite 1 zu 73,7 Prozent zu bedenken, dass Deutschlands Bild im Ausland gefährdet ist, wenn die Linkspartei an einer Bundesregierung beteiligt wird. Auf Seite 2 gleicher WZ dann die "große" Berichterstattung über den Bundesparteitag der Linkspartei. Hier erfährt man dann ganz wesentlich, dass es offenbar einen Streit gegeben hat um die Frage, ob Lafontaine ein "Luxus-Linker" sei, dass Oskar Lafontaine mit der "Bild am Sonntag" im juristischen Clinch liegt, und (das kommt immer gut) Oskar Lafontaine mit einem Privatflieger zwischen seinem Feriendomizil Mallorca und Politveranstaltungen jettet.

Wer sich unter www.sozialisten.de über "Partei" und "Dokumente" zum "Parteiprogramm" der Linkspartei durchhangelt, landet bei dem am 28. August beschlossenen Programm. Wer will, kann auf fast 50 Seiten nachlesen, was die Delegierten der Partei ins Programm diktiert haben. Wer also links wählen will, findet hier Argumente für oder gegen das Kreuz am 18.9. bei der Linken Liste. Wir stellen nachfolgend einige programmatische Eckpfeiler der Linkspartei vor.

Krieg und Frieden

Die Linkspartei sieht sich als "konsequente Antikriegspartei". Internationale Kriegseinsätze werden grundsätzlich abgelehnt. Insbesondere auch der so genannte "Krieg gegen den Terror" wird explizit abgelehnt und als "Versuch der USA-Administration, die eigene Weltherrschaft auszubauen" interpretiert. Deutsche Soldaten sollen aus den Krisengebieten abgezogen werden. Die Linkspartei fordert die Auflösung der NATO und strebt an, im europäischen Kontext ein "gesamteuropäisches internationales Sicherheitssystem" aufzubauen. Die Bundeswehr und der Verteidigungshaushalt sollen reduziert werden. Die Linkspartei will "die Wehrpflicht und andere Zwangsdienste abschaffen". Unter Verweis auf "Deutschlands Verantwortung für zwei Weltkriege" soll die Bundesrepublik "auch einseitig mit gutem Beispiel vorangehen", aufgebaut werden sollte deshalb ein "weltweit einsetzbarer internationaler Hilfs- und Katastrophendienst".

Mehr Demokratie wagen

Zentrales innenpolitisches Thema der Linkspartei ist die Entwicklung von "demokratischen Gegenkräften gegenüber den Interessen von Konzernen und Großbanken". Der Einfluss der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in den Betrieben soll sich massiv verstärken. In allen Großunternehmen soll die paritätische Mitbestimmung eingeführt werden.

"In den Regionen, Ländern und im Bund sollen Wirtschafts- und Sozialräte ... gebildet werden". Volksentscheide "mit niedrigen Einstiegsquoten" sollen die Bürgerbeteiligung auf Bundesebene verstärken. Die Linkspartei will das Mitbestimmungsrecht von jungen Menschen fördern, indem sie u. a. fordert, das aktive und passive Wahlrecht bereits mit 16 Jahren einzuführen. Statt mehr Videoüberwachung, Abhöranlagen und Einschränkungen des Briefgeheimnisses sind für die Linkspartei "gut ausgebildete und human motivierte Polizeikräfte ... zur Verbrechensbekämpfung besser geeignet."

Lohn und Brot

"Der Profit darf längerfristig nicht das entscheidende Maß für Zuteilung, Organisation



Die Wahlalternative

Andere Politik ist möglich. Jetzt mitgestalten.
04421- 46 68 36
www.w-asg.de

auf die Unternehmenspolitik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze von wesentlicher Bedeutung. "Arbeitsplätze werden ... nur entstehen, wenn ein verändertes Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern der Ausgleich von Arbeitszeitverkürzung durch verschärfte Arbeitshetze ausschließt und Einstellungsgarantien vereinbart werden." Für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit ist "die Organisation gesellschaftlich nützlicher Arbeit unabdingbar", die beispielsweise durch die "Bereitstellung von staatlichen und kommunalen Dienstleistungen im Gesundheitswesen" garantiert werden soll.

Soziale Sicherheit

Die Linkspartei setzt sich nachdrücklich für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates auf solidarischer Grundlage ein und wendet sich generell gegen Privatisierung im Gesundheitswesen und in der Altersvorsorge. "Zur Finanzierung des sozialen Sicherungssystems hält die PDS eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle für erforderlich, die bisher nicht einbezogen sind." Auch Beamte, Freiberufler und Selbstständige sollen in die Renten- und Arbeitslosenversicherung einzahlen. Unternehmen, die Arbeitsplätze abbauen und damit ihre Gewinne steigern, sollen künftig kräftiger zur Kasse ge-

Links wählen!?

Der politische Trend in Deutschland geht nach links. Die "Linkspartei" ist ein Ergebnis dieser Entwicklung. Hunderttausende hätten sich ein breites linkes Wahlbündnis zur Bundestagswahl gewünscht. Die MLPD war dazu bereit, die Führungen von WASG und PDS lehnten das ab. Ein linkes Wahlbündnis ohne Revolutionäre ist aber wie eine Fußballmannschaft ohne Stürmer! Dazu passt, dass die "Linkspartei" den Sozialismus aus ihrem Programm gestrichen hat. Was ist daran links? Damit ist die MLPD die einzige Partei, die mit einer sozialistischen Perspektive antritt. Die Linkspartei macht in ihrem Programm Vorschläge zur Nachbesserung von Hartz IV und organisiert damit den Rückzug von der Massenforderung "Weg mit Hartz IV", obwohl viele ihrer Mitglieder auf den Montagsdemos gerade dafür eintreten. Wo immer es Ansatzpunkte für einen gemeinsamen Kampf gibt, ist die MLPD dazu bereit, mit Engagement, zuverlässig und auf gleicher Augenhöhe! Also: Keine Halbheiten, links wählen heißt MLPD wählen.

Hannes von Pentz, Spitzenkandidat der MLPD in Niedersachsen

und Bewertung der Arbeit bleiben. Es gibt keinen gesellschaftlichen, sondern nur den kapitalistisch bedingten Mangel an nützlicher und anerkannter Arbeit." Arbeit ist genug da, so die Linkspartei, sie muss nur anders verteilt werden. Die "Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" ist programmatisches Ziel. Langfristig ist ein Abbau der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden Perspektive. Auch hier ist wieder die Einflussnahme der lohnabhängigen Beschäftigten

beten werden: Die Linkspartei will "den Arbeitgeberbeitrag zu den Sozialversicherungen von der Lohnsumme auf die Bruttowertschöpfung umstellen." Sozialabgaben für schlecht bezahlte Personengruppen sollen vorübergehend aus Steuermitteln bezahlt werden. Die Linkspartei unterstützt die Forderung nach Mindestlöhnen. Eine "bedarfsorientierte soziale Grundsicherung" soll eingeführt werden. Ein erster Schritt dahin soll

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung "Linke wählen"

die "Anhebung des ALG II um 40 Euro in Ost und West" sein.

Wer soll das bezahlen?

Die Linkspartei strebt "eine radikal vereinfachte und übersichtliche soziale Steuerpolitik" an. Höhere Einkommen und Vermögen sollen stärker belastet werden. Die Vermögenssteuer soll "neu ausgestaltet" werden.

Die Erbschaftsteuer bei großen Privatvermögen soll erhöht werden. Insgesamt sollen hohe Kapitalvermögen stärker mit Steuern belegt werden. Das linearprogressive Besteuerungssystem soll beibehalten werden im Spektrum von 15 % (bei einem Steuerfreibetrag von 12.000 Euro) und 50 %. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnt die Linkspartei ab. □

Links wählen!?

Ich werde auf jeden Fall links wählen! Die Linke, das ist eine historische Chance für uns. Die SPD hat den Sozialstaat zerschlagen. Gerade die SPD!

Ich hoffe, dass die Linke eine Sozialpolitik verwirklicht, in der der Mensch wieder im Mittelpunkt steht und nicht die Aktienkurse und die Dividenden.

Ich sehe viele Übereinstimmungen zwischen den Forderungen der Wilhelmshavener Alternativen Liste WALLI und denen der WASG – wir sind da schon auf der gleichen Wellenlänge.

Hartz IV muss weg, die Agenda 2010 muss weg. Diese Chance bietet nur die Linke – am wirkungsvollsten als rot-rot-grüne Koalition!

Rainer Kuffner, Betriebsrat und aktiver Unterstützer der WALLI

leserbrief

ten, die für Händler in kleinen und mittleren Städten einfach nicht zu erreichen sind.

Mit freundlichen Grüßen
eilers-jens@t-online.de

Anmerkung: Herr Eilers hat ja zum Teil sicherlich Recht. Es geht aber darum, dass es in Wilhelmshaven bis vor kurzem möglich war, die in unserem Artikel aufgezählten Waren zu vernünftigen Preisen zu bekommen. Warum soll ich für eine Flasche Whisky 25% mehr bezahlen? Nur, weil ich hier einkaufe? Warum ist es dem Supermarkt in der Nordseepassage nicht möglich, ein annäherndes Angebot zu halten, wie es sein Vorgänger konnte?

Ein Nachsatz noch: Versuchen Sie einmal, in Wilhelmshaven eine CD mit klassischer Musik Ihrer Wahl zu bekommen. Völlig unmöglich! Trotz alledem: Ich würde gern hier kaufen!

Gegenwind-Redaktion

Sehr geehrte Damen und Herren, vor einigen Tagen erhielt ich von einem Bekannten den Artikel "Ich kaufe hier" aus dem Gegenwind vom 30.6.2005.

Nun kann ich nicht wirklich beurteilen, ob das Spiel "Gartenzwerge e.V." bei der Fa. Dannmann nicht doch hätte bestellt werden können und auch Baggys und T-Shirts der genannten Marken fallen nicht gerade in mein Spezialgebiet. Auch für Hallentennisschuhe bin ich als Golfspieler nicht wirklich kompetent, doch dass es Farbbänder für das brother P-touch 60 nicht geben soll, halte ich für schlechte Recherche. Vielleicht sollten Sie Hannes die Firma Rücker in der Bismarckstraße (Nähe Bismarckplatz) empfehlen.

Bei der vergeblichen Suche nach schottischem Whisky muss Ihr Berichterstatter wohl nicht ernsthaft gesucht haben. Allein am Bismarckplatz führen 2 Firmen gute Whiskysortimente. Neben der Whisky-Abteilung bei Juwelier Stettin kann ich Ihnen auch das Bismarckkontor als Anlaufadresse empfehlen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie in Zukunft vor der Veröffentlichung einzelhandelskritischer Artikel etwas gründlicher recherchieren würden. Auch sollten Sie sich vor Augen halten, dass der Vergleich der Einzelhandelsangebote in Berlin und Wilhelmshaven wohl kaum sinnvoll ist. Es dürfte verständlich sein, dass in einer Millionenstadt mit Metropolischarakter das Angebot breiter und tiefer gestaffelt werden kann, als in einer Stadt mit rund 83000 Einwohnern. Für so manche Nischenmarke fehlt in Städten wie Wilhelmshaven einfach das entsprechende Kundenpotential, da die allermeisten Lieferanten heute mit Mindestabnahmen arbei-



Zwischen SPD und Linkspartei – der Spagat der Gewerkschaften

Die wachsende Distanz der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer zu der von Schröder und Müntefering geprägten Sozialdemokratie ist spürbar gewachsen. Die zurückliegenden sieben Jahre SPD-Regierung haben das traditionelle Bündnis zwischen Gewerkschaft und Sozialdemokratie brüchig werden lassen. Lohnverzicht, Lohnabbau durch Arbeitszeitausweitung, Sozialabbau, und vor allem die Nackenschläge für die Benachteiligten des Arbeitsmarktes durch das Hartz IV-Gesetz haben eine in der Nachkriegsgeschichte bisher einmalige Entfremdung zwischen SPD und DGB bzw. deren Teilgewerkschaften eingeleitet. Das Erstarken der neuen Linkspartei könnte die Gewerkschaften vor eine ungeahnte Zerreißprobe stellen. Denn plötzlich ist mit dem neu formierten Linksbündnis aus PDS und WASG für viele Gewerkschafter eine Alternative zur SPD entstanden. Auf der Straße waren PDS, WASG und Gewerkschafter schon häufig gemeinsam aktiv. Bestes Beispiel hierfür sind die anhaltenden Montagsdemonstrationen gegen das Hartz IV-Gesetz. Mit "den Linken" gibt es "mehr programmatische Übereinstimmungen als mit den Sozialdemokraten", wird ein Gewerkschafter der IG Metall in der Süddeutschen Zeitung vom 18. August zitiert. Im gleichen Artikel der Süddeutschen wird darauf hingewiesen dass "ungefähr ein Fünftel der hauptamtlichen Gewerkschafter inzwischen auf der Seite der Linkspartei" stehen. Innergewerkschaftlich sind Papiere mit Aufrufen wie "Gewerkschafter wählen links" im Umlauf, die klar Position zur neuen Linkspartei beziehen. "In der IG Metall", so die Süddeutsche Zeitung, "rechnen manche bereits mit einem Kandidaten aus der Linkspartei bei den gewerkschaftlichen Vorstandswahlen 2007." Die IG Bergbau, Chemie, Energie, drittgrößte Einzelgewerkschaft, bezeichnet PDS und WASG hingegen in einem internen Positionspapier als populistisch und wirft laut "Hannoverscher Allgemeiner Zeitung" der Linken vor, sie erwecke "den falschen Anschein, soziale Ziele erreichen zu können, die dies nicht sind." Die Forderungen der Linken seien nicht finanzierbar und könnten dazu führen, dass "sich unter verschlechterten Standortbedingungen ein wichtiger Teil der Wirtschaft zurückziehen kann", heißt es in dem Papier.

Wie nicht anders zu erwarten, hat der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB) mit der neuen Linkspartei wenig am Hut. Aber dennoch, so meldet das Neue Deutschland am 03.09.05, hat die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) ein "Links-Partei-Problem". Denn es haben sich, wie CGM-Chef Reinhardt Schiller jetzt in einer Presseerklärung zugeben musste, "bei einer Internet-Umfrage auf der CGM-Homepage über 33 Prozent für dieses Wahlbündnis ausgesprochen". (Neues Deutschland).

Die Merkelshow

CDU-Kanzlerkandidatin in Wilhelmshaven

(hk) Der Valoisplatz war anständig gefüllt – vorne auf der Bühne versuchte eine Showband, das Flair der großen Welt wenigstens musikalisch nach Wilhelmshaven zu bringen. Ein Entertainer führte durchs Programm – Jan Stecker, im richtigen Leben Moderator einer Autosendung beim privaten Fernsehsender Kabel eins. Wer Autos verkaufen kann, wird wohl auch Frau Merkel an den Mann bringen können, so wohl die Logik der CDU-Wahlkämpfer. Alles wurde auf Großleinwand übertragen, so dass jede/r jederzeit sehen konnte, was sich vorne auf der Bühne tat.



Einleitende Worte gab es vom CDU-Bundestagskandidaten Werner Kammer – das war sowohl rhetorisch wie auch inhaltlich die unterste Schublade der politischen Kultur. Selbst als der Kabel eins-Moderator zum Beifall für "unseren Hans-Werner Kammer" aufrief, fiel dieser mehr als spärlich aus und fand nur im CDU-Ghetto statt.

Die Organisatoren des Merkel-Auftritts hatten sich nämlich etwas Besonderes ausgedacht: Die südliche Hälfte des Valoisplatzes wurde, einschließlich Bühne, vom übrigen Platz abgesperrt – hier fanden nur geladene Gäste und Platz. Und auch nur hier fand der Beifall statt. Beim größten Teil der hinter die Absperrung verwiesenen WilhelmshavenerInnen gab es vielleicht mal ein kleines Händchen für Angela Merkel. Ansonsten war man dort doch sehr ruhig, zumal es sich bei einem Großteil der Ausgesperrten ersichtlich um CDU-kritische BürgerInnen handelte.

teAM Zukunft

Die Organisatoren des Events, personell präsentiert durch eine Mischung aus Bodyguards und Juhlern, hatten Schwierigkeiten,

Leute zu finden, die die vorbereiteten aussagestarken Plakate "Wechsel wählen" und "Angie" auf Zuruf in die Höhe hielten. So sah man dann unter den spontan in die Höhe gehenden Plakaten auch meist die orangenen T-Shirts des "teAM Zukunft".

Merkel selber brachte ihre schon tausendmal gehörten 'Argumente' für den Wechsel unters Volk. Inzwischen wissen wir, dass sie auch nicht mehr weiß als diese ständig zu Gehör gebrachten Stereotypen.

Alles wird gut

Die Situation in Wilhelmshaven wurde sowohl von Kammer, vom ebenfalls anwesenden niedersächsischen CDU-Spitzenkandidaten Friedbert Pflüger und von Angela Merkel als schlecht bezeichnet – doch es wird alles besser, wenn der JadeWeserPort kommt, wenn die Küste mit chemischer Industrie dichtgestellt wird und wenn die CDU das Schrödersche Werk vollendet hat.

Der neue Chefredakteur der Wilhelmsha-



vener Zeitung, Klaas Hartmann, machte dann in seinem Kommentar (sein Erstlingswerk in der WZ) klar, welcher politische Wind künftig in der WZ wehen wird. Auf Seite 1 prangt die Schlagzeile: Merkel punktet an der Jade – Unions-Kanzlerkandidatin begeistert in Wilhelmshaven 3000 Zuschauer.

Unbeeindruckt von der Wirklichkeit macht Klaas Hartmann unter der Überschrift "Glänzer der Auftritt" Werbung für die CDU: "Merkel hat sich ge-



stern außerdem wieder die Lufthoheit über Themen geholt, die die SPD in jüngster Zeit - mit Hinweis auf die geplante Mehrwertsteuer-Erhöpfung - pachten möchte: Generationenvertrag, Bildung, Arbeitsplätze. Und die Art, in der die CDU-Politikerin diese heißen Eisen anpackt, ist in der Tat erfrischend offen: Leistungsträger sollen zwar nicht bestraft werden, aber ihrer - auch finanziellen - Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht werden. Jugendliche sollen nicht nur gehätschelt, sondern auch gefordert werden.

Der Leistungsbegriff sei keine Drohung, sondern eine Notwendigkeit, sagt Merkel völlig zu Recht. Das alles sind keine sehr bequemen Wahrheiten; aber wohin uns die politischen Versprechungen der vergangenen Jahrzehnte geführt haben, sehen wir an den Bilanzen in sämtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Falls Angela Merkels Beispiel Schule macht, hat sie der politischen Kultur einen guten Dienst erwiesen."



Auf Werbeveranstaltungen gibt es ja auch immer nette kleine Wahlpräsente. In Wilhelmshaven verteilte die CDU eine Sonnenlotion ("damit Sie uns nicht rot werden") und Pfefferminzbonbons. Zumindest die Bonbons konnte man gut gebrauchen: Sie halfen gegen den schalen Geschmack, der sich insbesondere nach der Rede des Dr. Pflüger im Mund breit machte. □



Links wählen!?

Was der BUND zur Bundestagswahl sagt? Ich bemühe mal die Farbenlehre - überparteilich, doch wertend.

Grün ist die Hoffnung - und hat handfest Positives vorzuweisen (Renate Künast sei Dank, trotz noch gravierender Defizite. Ob ich als Wilhelmshavener freilich Jürgen Trittin sein Ja zum JWP verzeihen kann, weiß ich noch nicht).

Rot sehe ich, wenn es das Grün des Lebens verbrennt, statt ihm aufzuhelfen (wobei Dunkelrot nicht gar so schlecht ist, wie es von den konkurrierenden Farben gemalt wird).

Gelb ist - nein, nicht die Falschheit, aber in ganzheitlicher Lebensschau nichtsdestotrotz mutmaßlich denn doch das Falsche.

Und wenn unsere C-Leuchten EU-(Tier- und Naturschutz-)Normen höchstens eins zu eins umsetzen wollen, statt sich als Vorbild und Wegweiser in Europa zu verstehen, dann sehe ich für alle Gottesgeschöpfe in Menschen- oder Tiergestalt kaum noch etwas leuchten, sondern nur noch schwarz.

Peter Hopp, Vorsitzender des BUND Wilhelmshaven

Mannomann!

Gab es sowas in der "WZ" schon mal? Malte Kirchner hat doch tatsächlich die Contenance verloren! Der Direktkandidat der Linkspartei, WASG-Mitglied Dirk Metzner, sei "auf der Couch zur Kandidatur inspiriert" worden; er trug nicht seine politischen Vorstellungen nicht vor, sondern "wetterte", er blieb Antworten schuldig, er wusste nicht zu beantworten, wie ein von Kirchner wahrgenommenes Paradoxon aufzulösen sei. Und der Beitrag von WASG-Landesvorstandsmitglied Werner Dalichow bestand nach Kirchner im "Herunterbeten von Boulevardzeitungs-Schlagzeilen".

Bis zu der Veranstaltung am 10. August, bei der die WASG sich und den Direktkandidaten vorstellte, hat die Lokalredaktion der "WZ" die WASG weitgehend ignoriert. Sie hat Veranstaltungsankündigungen und eine kurze Pressemitteilung abgedruckt, ist aber den großen Veranstaltungen fern geblieben. Weder vor einem Jahr, als die WASG sich in Wilhelmshaven vorstellte und um Mitglieder warb, noch im April, als der namhafte Wirtschaftswissenschaftler Schui auf einer WASG-Veranstaltung sprach, war das für unser Lokalblatt interessant genug, um einen Redakteur abzuordnen und darüber zu berichten. Und auch die Wahlkampfveranstaltung am 24. August hat die "WZ" zwar angekündigt, aber nicht besucht.

Was haben Metzner und Dalichow getan, um einen "WZ"-Schreiber so aus der Fassung zu bringen? Nichts. Ihnen gilt die Schmähung durch Kirchner eigentlich auch gar nicht.

In diesem Jahr steht zum ersten Mal seit Bestehen dieser Republik ein linkes Bündnis zur Wahl, das auch sehr große Chancen hat, in den Bundestag einzuziehen und eine Fraktion zu bilden, die sich Gehör verschaffen wird. Das erschreckt die etablierten Parteien und ihre Medien. In der überregionalen Presse wird Lafontaine verleumdet und schlecht gemacht, im Lokalteil der "WZ" muss man sich mit Metzner und Dalichow begnügen. Wie gut, dass die beiden es gelassen sehen! (noa)

DIE LINKE.

Und nach der Wahl zu Lidl

"Lidl ist billig!", so wirbt dieses europaweit operierende Unternehmen in ganzseitigen Anzeigen in der Tagespresse und eigenen Prospekten. Billig ist Lidl vor allen Dingen auf Kosten seiner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Die Gewerkschaft ver.di stellt fest: "Bei den Arbeitsbedingungen der VerkäuferInnen und KassiererInnen werden die Tarifverträge und andere gesetzliche Bestimmungen immer häufiger missachtet und Unmenschliches verlangt. Das ist vor allem dort möglich, wo Beschäftigte ihren Vorgesetzten allein gegenüberstehen.

Nur wenn Menschen im Betrieb gemeinsam mit ihrem gewählten Betriebsrat ihre Rechte einfordern können, geht es ihnen besser. Der europaweit rasant expandierende Dis-

Der Kandidat

Das Herz schlägt sozialdemokratisch

(noa) Wir haben im letzten Gegenwind angekündigt, in dieser Ausgabe den Direktkandidaten der Linkspartei für unseren Wahlkreis, Dirk Metzner, vorzustellen. Mittlerweile hat die "WZ" das auch schon getan, und zwar sehr abwertend, sogar abschreckend.

Das erschüttert ihn nicht allzu sehr. Er sagte uns dazu: "Das ist nichts Besonderes. Ich bin jetzt 48 und habe in meiner Kindheit zunächst CDU/CSU-Regierungen, später dann CDU/CSU/FDP-Regierungen erlebt. Und als 1966 die SPD an der Regierung beteiligt werden musste und dann 1969 mit der FDP zusammen eine Regierung bildete, war das laut Presse das Schlimmste, was Deutschland passieren konnte. Der SPD wurde die Regierungsfähigkeit abgesprochen. Und später, als die Grünen antraten, hat man ihnen die Politikfähigkeit abgesprochen, und ihr Einzug in die Parlamente war das Schlimmste, was passieren konnte. Und jetzt sind das eben wir."

Dirk Metzner, verheiratet und Vater dreier Kinder, ist 1957 in Bielefeld geboren, 1974 nach der Mittleren Reife in die Ausbildung gegangen und seither politisch interessiert und aktiv. Nach einem Jahr DKP-Mitgliedschaft trat er nach dem Ende der sozialliberalen Koalition der SPD bei.

Er ist Versicherungskaufmann und hat sich berufsbegleitend erst zum Versicherungsfachwirt und nach nachgeholtem Abitur zum Versicherungsbetriebswirt weitergebildet. 1990 ist er mit Kind und Kegel nach Dortmund gezogen und war dort und in Aachen in Sparkassen für den Versicherungsbereich zuständig. (Daher rührt unsere Falschmeldung im letzten Gegenwind, er sei Banker – Entschuldigung!)

Vor drei Jahren zog er nach Friesland und unterhielt eine Agentur der Öffentlichen Versicherung, bis er zum Ende letzten Jahres die Kündigung erhielt. Da in der Versicherungsbranche diese Form der Scheinselb-

ständigkeit als Selbständigkeit gilt, hatte er die letzten Jahre keine Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt und geriet deshalb unmittelbar in den Alg II-Bezug.

Aus dieser persönlichen Situation heraus interessieren ihn die Bereiche Arbeit und soziale Gerechtigkeit am meisten. Für ihn ist die Bürgerversicherung, in die alle, eben auch Selbständige, entsprechend ihrem Einkommen einzahlen, eine zentrale Forderung. Und er will, dass die "Schlupflöcher", die es ermöglichen, immer mehr Arbeitsplätze aus der Sozialversicherungspflicht rauszunehmen, gestopft werden.

"Schröder macht CDU-Politik", findet er. Als er im Frühjahr erstmalig von der WASG erfuhr, trat er sofort aus der SPD aus und in die WASG ein. Im Grunde seines Herzens ist er Sozialdemokrat, und bei der Wahlveranstaltung im Dreimädelhaus sagte er es auch direkt: "Ich will sozialdemokratische Politik machen."

Die gegenwärtig endlich gegebene Möglichkeit, alle linken Kräfte zu bündeln und zusammenzuschließen, gefällt ihm gut, und die mittlerweile nicht mehr nur unter vorgehaltener Hand genannte Aussicht, dass WASG und Linkspartei (die ehemalige PDS) vielleicht

schon im Verlauf der kommenden Legislaturperiode sich zu einer Partei zusammenschließen werden, begrüßt er durchaus. In einem solchen breiten Linksbündnis hätten seiner Meinung nach auch Kommunisten ihren Platz. Als Minimalkonsens zwischen ganz links und eher rechts sieht er die Forderung nach (Wieder-)Verstaatlichung der in den letzten Jahren privatisierten Unternehmen wie Bahn und Post und nach Verstaatlichung der Energieversorgung und der Schlüsselindustrien.

Als wir mit ihm sprachen, war bei den Meinungsforschungsinstituten und folglich in den Medien erstmalig die Rede von "Rot-Rot-Grün" gegenüber "Schwarz-Gelb". Seither wird ja bei jeder neuen Einschätzung von einer potenziellen Koalition des linken Wahlbündnisses mit SPD und Grünen geredet. Dirk Metzner schließt so etwas für die kommende Legislaturperiode aus, hält es aber für spätere Zeiten nicht für unmöglich. Immerhin ist die SPD schon unmittelbar nach dem ersten gemeinsamen Auftritt von Gregor Gysi und Oskar Lafontaine von ihrem bis dahin streng neoliberalen Kurs ein winziges Stückchen abgerückt und hat erstmalig wieder höhere Löhne zur Stärkung der Binnennachfrage gefordert. Da schließt Dirk Metzner es nicht aus, dass die SPD unter dem Druck einer stärker werdenden linken Bewegung, wenn sie sich bei späteren Bundestagswahlen in höheren Prozentsätzen ausdrücken würde, sich wieder mehr auf sozialdemokratische Grundideen besinnen würde. □



Drum links

Nein, nicht alle waren am 24. August bei der Merkel-Show

(noa) Ganz so gut besucht wie das gleichzeitig stattfindende CDU-Spektakel auf dem Valoisplatz mit Angela Merkel war die Wahlveranstaltung am 24. August im Dreimädelhaus nicht, aber dafür waren auch keine Polizeiabsperrungen und dergleichen erforderlich.

Werner Dalichow, Mitglied des Landesvorstandes der WASG, begrüßte den Hauptredner des Abends, Prof. Dr. Herbert Schui, der auf der Landesliste der Linkspartei auf Platz 3 steht und somit gute Chancen auf den Einzug in den Bundestag hat, den Direktkandidaten des Wahlkreises, Dirk Metzner, die Gäste und die Presse, die nur durch die Gegenwindlerin vertreten war. Es scheint so, als hätte Dalichow sich über den Artikel in der WZ vom 12.08. doch ein klein wenig geärgert, denn er quittierte das Fernbleiben der "WZ" an diesem Abend mit dem Verdacht, diese Zeitung könne die Zusammenhänge, die ein Wirtschaftswissenschaftler vom Format Herbert Schuis vortragen werde, wohl nicht verstehen.

Auch Dirk Metzner konnte es sich nicht verkneifen zu betonen, dass es ihm **nicht** auf der Couch eingefallen sei, sich als Direktkandidat um einen Platz im Bundestag zu bewerben (und da er keinen Platz auf der Landesliste belegt, ist ihm auch klar, dass er nicht ins Parlament einziehen wird).

Schui, vielen der Anwesenden von seinem Vortrag im April her schon bekannt, begann seinen Beitrag mit einer Frage:

"Worin besteht das Problem der Industrieländer?"

Durch eine sich ständig verbessernde Organisation der Arbeit, aber auch durch Vergrößerung der Arbeitsheute werden die Menschen in den Industrieländern immer produktiver. In der gleichen Arbeitszeit schafft ein/e Beschäftigte/r mehr Produkt bzw. Dienstleistung als früher. Dieses Mehrprodukt kommt den abhängig Beschäftigten jedoch nicht zugute. "Wenn wir zivilisatori-

kosten zu hoch seien und die Sozialversicherungen nicht genug Geld haben. Als die "Hohepriester" der Unternehmer bezeichnete er die "Experten", als die niedrigeren Priester Leute wie Sabine Christiansen. (Die hat er wohl gefressen! Schon bei der Veranstaltung im April versetzte er ihr einen Seitenhieb.)

Dann setzte sich Schui Punkt für Punkt mit den Behauptungen der "Märchenerzähler" auseinander.

"Der Gesellschaft geht die Arbeit aus."

"Nein", sagt Schui, "der Gesellschaft ist der Verstand ausgegangen."

Wenn zum Beispiel behauptet wird, die Renten könnten nicht mehr gezahlt werden, weil die Geburten stagnieren, dann liegt dem ein 4000 Jahre altes Bild zu Grunde. Damals stimmte es: Die Jungen sicherten das Leben der Alten unmittelbar. Angesichts dessen, dass die Produktivität der Arbeit sich in jeweils 35 Jahren verdoppelt, könne die Rente auch gesichert werden, ohne dass mehr Kinder als Alte da sind. Doch der Begriff der Produktivität taucht in den Feststellungen der "Experten" nicht auf, er ist regelrecht tabuisiert. Und so bezeichnet Schui Leute wie Herrn Zimmermann vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die eine Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre fordern, als "Hassprediger".

"Eigenverantwortung der Arbeitslosen"

Ein Arbeitsloser kann nicht die Löhne erhöhen; höhere Löhne wären aber ein Schritt, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen: Durch die Erhöhung der Kaufkraft würde die Binnennachfrage steigen; die höhere Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen wür-

Beschäftigung." Die Lohnkosten je Stück in Deutschland sind die niedrigsten von allen Industrieländern, und die Gewinnsteuern liegen im unteren Viertel aller Industrieländer. Deshalb ist maximal 1 % der Arbeitslosigkeit erklärbar durch die Kapitalflucht - der Rest ist dem Mangel an Binnennachfrage geschuldet.

"Die WASG ist rechtspopulistisch."

"Die Rechten wollen nicht den Streit um die Verteilung des Nationaleinkommens führen. Sie meiden den Konflikt mit den Unternehmern und suchen den Konflikt mit den Schwachen." Und dann fuhr Schui beinahe zu der kabarettistischen Größe hoch, die er im April gezeigt hat: "Rechts ist, wer es mit voll geschissenen Hosen gerade noch fertig bringt, Ausländer zu belästigen."

"Die Binnennachfrage steigt nicht, weil die Konsumenten verunsichert sind."

Nein, sagt Schui, die Binnennachfrage steigt deshalb nicht, weil die Leute kein Geld haben. Der Lohn muss steigen, und die Steuern auf Gewinn müssen angehoben werden, damit öffentliche Dienstleistungen bezahlt werden können. Gegenwärtig haben wir 5 % Gewinnsteuern gegenüber 22 % im Jahr 1980 - diese Geschenke an die Wirtschaft muss der Staat nach und nach zurücknehmen.

Dann wird auch die Binnennachfrage wieder steigen. Und durch eine Bürgerversicherung, in die jeder einzahlt und nicht nur die abhängig Beschäftigten, wird auch genug Geld für die Sozialversicherungen da sein.

Weg mit Hartz IV

Nach dieser Auseinandersetzung mit den Thesen der "Märchenerzähler" war es Schui ein Bedürfnis, sich zu einem Programmpunkt der Linkspartei, auf deren Liste er ja kandidiert, zu äußern:

Mit der Idee, Hartz IV "nachzubessern", indem eine Erhöhung des Alg II gefordert wird, "ist die PDS auf dem Holzweg", sagt er, und das wird das erste Thema sein, das er in der ersten gemeinsamen Sitzung auf den Tisch bringt "Hartz IV muss mit dem Kanzler weg." Es geht nicht um die Höhe des Alg II, sondern darum, dass Hartz IV entwürdigend ist. "Man kann von den Menschen doch nicht verlangen, dass sie ihre persönlichen Verhältnisse offen legen."

Diese Differenz stellt das Bündnis nicht in Frage, doch sie muss baldmöglichst beigelegt werden.

Was wird man im Parlament machen?

Eine Koalition mit der Rest-SPD kommt, so Schui, nicht in Frage. Die SPD gehört stramm zum neoliberalen Lager. Die Positionen von Linkspartei/WASG einerseits und SPD andererseits sind zu weit voneinander entfernt. Außerdem käme eine solche Koalition einem politischen Suizid gleich.

Die Aufgabe des Linksbündnisses im Parlament wird darin bestehen, Debatten anzuzetteln, im Parlament und außerhalb des Parlaments, in der Gesellschaft und innerhalb der WASG.

Und rege Debatten gab es - anders als bei den Wahlkampfveranstaltungen der bürgerlichen Parteien - hier zum Abschluss auch. □

Links wählen!?

Ich war bis 2002 Mitglied der SPD. In der WASG sehe ich nun endlich eine Perspektive, etwas zu verändern. Vor allem sehe ich hier die Chance, mit anderen zusammen etwas zu machen.

Konrad Sieg, ver.di-Sekretär

schen Fortschritt machen wollen, müssen die Arbeitnehmer Fortschritte dabei machen, einen Teil des gestiegenen Produkts zu kriegen, der Staat muss darauf zugreifen, um öffentliche Ausgaben zu finanzieren, und die Parlamente müssen die Sozialversicherung sichern", so brachte er die Notwendigkeiten auf den Punkt. Der technische Fortschritt müsste eigentlich zu zivilisatorischem Fortschritt führen, und es ist absurd, dass wir das genaue Gegenteil beobachten können. Während in der Politik über alles Mögliche gesprochen wird, so aber nicht über diese Tatsache. "Wenn man darüber spräche", so Schui, "dann müsste man über Verteilungskonflikte sprechen." Damit alle von diesem Thema abgelenkt werden und nicht über die Verteilung des erzielten Mehrprodukts reden, stellen die Unternehmen "Märchenerzähler" ein, die darüber reden, dass die Lohnneben-

de für mehr Arbeit sorgen. Stattdessen habe die "Erziehungsdiktatur" aus Schröder, Hombach und Clement sich zum Ziel gesetzt, den "Wertewandel", der darin bestehe, dass Arbeitslose nicht arbeiten wollten, rückgängig zu machen, und bezeichne die Arbeitslosen als selber für ihre Lage verantwortlich. Das Hartz IV-Gesetz, in dem von Förderung und Fordern die Rede ist, fordert, fördert aber nicht.

"Die Lohnnebenkosten sind ein Hemmschuh für Beschäftigung."

Die Tatsache, dass die deutschen Exporte die höchsten der Welt sind, widerlegt diese Behauptung eindrucksvoll. Schade, dass die SPD sich nicht an ihrem eigenen, noch gültigen Programm orientiert, meint Schui, denn da heißt es: "Eine gerechte Einkommensverteilung führt zu mehr Nachfrage und zu mehr

Ausgesaugt

Geschäftsführer Peters Cordes verlässt WoBau Jade

(hk) Es war beinahe abzusehen: Nachdem Cerberus sich mit Macht in den Aufsichtsrat der Jade gedrängt hatte (siehe letzte Ausgabe des Gegenwind), blieb dem bisherigen Geschäftsführer nur noch die Flucht.

Peter Cordes war in den zurückliegenden 6 Jahren mit Sicherheit nicht immer die Traumbesetzung für den Geschäftsführerposten der Wohnungsbaugesellschaft Jade. Schließlich war er es, der die Jade zu einem gänzlich veränderten Unternehmen machte, war er es, der die Privatisierung des Wohnungsbestandes vorantrieb.

Aber das war wohl alles nichts gegenüber dem, was den Jade-MitarbeiterInnen und -MieterInnen jetzt bevorsteht.

Eine Jade-Mitarbeiterin zum Gegenwind: "In sieben Jahren wird es die WoBau Jade nicht mehr geben." Wir machten uns dran und versuchten herauszubekommen, wie der Jade-Mitarbeiter zu einer solchen Einschätzung der Lage kommen konnte.

In der Frankfurter Rundschau vom 5. August 2005 und in den Stuttgarter Nachrichten fanden wir ein Interview mit dem Leiter des Deutschen Mieterbundes, Franz-Georg Rips. Das Interview führte Thomas Wüpper **Wüpper: Warum stürzen sich vor allem US-Fonds derzeit auf deutsche Wohnungsbestände?**

Franz-Georg Rips: Mit maximal 500 Euro pro Quadratmeter und im Schnitt 32.500 Euro pro Wohnung gibt es deutsche Immobilienpakete zum Schnäppchenpreis. In USA oder Großbritannien sind die Preise viel höher. Dort besteht schon wieder die Gefahr, dass die Blase platzt. Daher sollen bis zu 20 Milliarden Euro in den deutschen Markt gepumpt werden. Das würde zum Kauf von 615.000 Wohnungen reichen.

Warum sehen Sie die Wohnungsverkäufe der öffentlichen Hand so kritisch?

Bisher gibt es in Deutschland den Konsens, dass Wohnungen Wirtschafts- und Sozialgut sind. Das heißt, man ist sich einig, dass Eigentümer eine soziale Verantwortung haben. Vor allem Käufer aus den USA sehen das anders, sie sind nur aufs schnelle Geld aus. Alles andere interessiert sie meist wenig.

Neoliberale Experten begrüßen den Kapitalstrom nach Deutschland und bezweifeln, dass Bund, Länder und Kommunen überhaupt Wohnungen besitzen sollten.

Da wird völlig ignoriert, dass ein sozialer Staat dafür verantwortlich ist, dass jeder ein Dach über dem Kopf hat. Gerade Einkommensschwache oder Großfamilien mit Kindern haben oft genug Probleme, Wohnraum zu finden.

Warum verkaufen die Politiker trotzdem?

Da regiert die reine Finanznot. Die Fiskal- und

Haushaltspolitiker haben das Sagen. Dabei werden die schädlichen langfristigen Folgen des Ausverkaufs ignoriert.

Die Verkäufe stopfen nur kurzfristig die ärgsten Etatlöcher. Wenn die privaten Käufer aber dann die Mieten erhöhen, zahlt der Staat doppelt. Zum einen wird dann mehr Wohngeld und Miete für Sozialfälle fällig. Zum anderen müssen die Kommunen teuer Belegrechte für Bedürftige kaufen, weil der Zugriff auf eigene Unterkünfte fehlt. In ganz Deutschland gibt es nur noch 1,7 Millionen Sozialwohnungen, jedes Jahr läuft für 100.000 Quartiere die Mietbindung aus. Das heißt, günstiger Wohnraum wird immer knapper.

Warum sollten die Mieten steigen?

Das kommt zwangsläufig. In den ersten fünf Jahren können die Investoren ihre hohen Renditen durch betriebswirtschaftliche Optimierung und den Weiterverkauf der besten Objekte erzielen. Nach diesem fragwürdigen Rosinenpicken bleiben nur Mieterhöhungen, um die Gewinne zu sichern. Nach zehn Jahren ist die Zitrone ausgesaugt, dann verlieren die Käufer die Lust. Die Restbestände werden an der Börse verscherbelt. (...)

Wer da glaubt, dass die Mietbindung bis 2007 die Mieter wirklich schützt, wird sich wohl schon bald eines besseren belehren lassen müssen. Die Schlagzahl bei den Privatisierungen wurde von der neuen Führungsriege bereits erhöht. Ging es bisher um 240 Verkäufe pro Jahr, sollen diese jetzt auf 360 gesteigert werden.

Wie sagte der Direktor des Deutschen Mieterbundes: *Nach zehn Jahren ist die Zitrone ausgesaugt...* □



Links wählen!?

Ich sehe im Bündnis der Linkspartei mit der WASG eine Hoffnung, nachdem SPD und Grüne nicht gehalten haben, was sie versprochen haben. Die Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe mit der Sozialhilfe, also Hartz IV, das war ein Wortbruch von Rot-Grün.

Von der Linken im Bundestag verspreche ich mir eine Opposition, die die Fehler aufzeigt.

Günther Kraemmer, Vorsitzender der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland

Günstiges Baugeld

Zins p.a.: **3,60 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **10 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **3,66 %**

Zins p.a.: **3,95 %** bei
100 % Auszahlung
Zinssatzfestschreibung: **15 Jahre**
anfänglich effektiver
Jahreszins: **4,02 %**

Weitere Konditionen auf Anfrage

Ihr Ansprechpartner:
Holger Janßen Tel.: 04421 / 81144



VERSICHERUNGSGRUPPE

Reparaturen aller Fabrikate
spez. Volvo und Renault

Reifendienst
Achsvermessung
TÜV/AU
Abschleppdienst
Klima-Service

Schwarzhamm 2 Hooksiel
Tel. 04425 990870 Fax 990872
www.tenge-strohbach.de

Tenge & Strohbach
Kfz-Technik

Arbeitsloseninitiative
Wilhelmshaven/Friesland

ROCK FISCH

MUSIKKNEIPE IM SÜDEN
DER STADT

Mainstraße 22 - Wilhelmshaven
Öffnungszeiten: tägl. ab 20.00 Uhr

Eine Handvoll Nazis

Beobachtungen und Gedanken zum Naziaufmarsch in Oldenburg

(iz) Oldenburg, 3. September 2005: Feinster Sonnenschein. Tausende Menschen strömen in die City – und kommen nicht mehr heraus. Über Stunden werden sie dort eingekesselt. Wie das? Mitnichten eine PR-Aktion des Einzelhandels. Sondern eine in unserer Region nie dagewesene Strategie der Polizei, um einer Handvoll Nazis ihren peinlichen Aufzug mit dümmlichen "Kundgebungen" zu ermöglichen.



Jeder Zugang zur Innenstadt ist durch Polizeitransporter versperrt, an den schmalen Durchgängen wird fast jede/r von den Beamten befragt und kontrolliert: Wo wollen Sie hin und warum?

Einkaufen? Was denn? Fehlt nur noch: Welche Konfektionsgröße? Nach optischer Einschätzung werden viele "dem linken

"Es darf nicht, wie andermorts oft geschehen, die bizarre Situation eintreten, dass die Polizei als Verteidiger des Rechtsstaates die Gegner der Demokratie schützen muss."

(aus der Resolution des Oldenburger Stadtrates)

Spektrum zugeordnet" und abgewiesen, weil sie "eine potenzielle Gefahr darstellen". Über-eifrige Uniformierte in gepanzerten Schutzanzügen unterstellen Menschen in leichter Sommerbekleidung Gewaltbereitschaft.

Viele sind wirklich nur zum Einkaufen gekommen. Eine Dame beschwert sich – sie ist solidarisch mit den AntifaschistInnen, aber genervt vom Spießrutenlauf zwischen all den Sperren. Ein Beamter erklärt ihr, sie solle sich bei der Stadt Oldenburg beschweren – "hätte die den Kasperkram nicht genehmigt, wäre Ihnen und uns das hier erspart geblieben." Tatsächlich hat der Rat der Stadt zwar eine Resolution gegen den Naziaufmarsch verfasst, in dem es u. a. heißt: "Die Verwaltung wird aufgefordert, den NPD-Umzug hinsichtlich Umfang und Ausgestaltung so restriktiv wie möglich zu behandeln." In der Praxis sah das so aus, dass die NPD die gesamte Route gehen und alle Kundgebungen abhalten durfte, die sie beantragt hatte.

Ein bisschen Statistik? Nazis: Nicht mal ein Drittel der angekündigten 300. PolizistInnen: Etwa 3000. GegendemonstrantInnen: Schwer zu sagen, wer gezielt aus Protest in die Stadt gekommen war und wer sich spontan noch den Gegenaktionen anschloss – insgesamt jedenfalls mehrere Tausend.

Und sonst? Laut Polizeibericht 2-10 leicht verletzte Beamte. Eine mindestens zweistelli-

ge Zahl von durch Tränengas und Schlagstöcke verletzten AntifaschistInnen. Nach einer gelungenen Blockade an der Kreuzung Mosle-/Raiffeisenstraße wurden 40-50

GegendemonstrantInnen in Gefangenenbusse gesperrt und dort mehrere Stunden in der sengenden Hitze festgehalten,

"Die NPD bedient sich zwar demokratischer Mittel wie einer Demonstration, sie verfolgt aber undemokratische Ziele."

DGB-Jugendbildungsreferentin Christine Löhmann

ohne Wasser oder die Möglichkeit, eine Toilette zu benutzen. Zudem waren sie dabei den spöttischen Blicken der vorbeiziehenden Nazis ausgesetzt. Die nicht ahnten, dass ein Gefangener durchs Fenster Portraitaufnahmen von ihnen machte. 3 verletzte Faschos, die später in einem Vorortbahnhof mit einer Antifa-Gruppe zusammenstießen.

"Ohne Bullen habt ihr keine Chance" sang am Ende noch einmal die in der Kaiserstraße von der Polizei gekesselte Antifa, als das braune Pack zum Bahnhof zurückkam. Stimmt. Keine Chance, nur einen Meter vorwärts zu kommen. Als Repressalien sind allerdings in der Regel nur Sitzblockaden, gut gezielte Eier oder Farbbeutel

"Die NPD macht Werbung in eigener Sache und wir machen mit. Das ist ein bundesweites Problem, das endlich gelöst werden muss."

Bernhard Witthaut, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Niedersachsen, fordert ein Verbot der NPD

zu erwarten. Um das zu verhindern, setzt der Staat 30 Hundertschaften Polizei ein, wovon eine pro Tag 100.000 Euro kostet. Wow.

2001 war es den AntifaschistInnen gelungen, so gezielt an jedem Punkt einer möglichen Marschroute der Nazis präsent zu sein, dass diese unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren mussten. Diesmal wollte die Polizei es besser (?) machen und war selbst so zahlreich und frühzeitig (schon

am Vortag) an den neuralgischen Punkten, regelte alles mit Absperrgittern, Fahrzeugen und Einsatzkräften ab, dass es keinerlei Kontakte zwischen den Nazis und der Außenwelt gab – weder mit der Antifa, noch sah oder hörte sonst irgendjemand was von dem braunen Stumpfsinn. Was noch herüberschallte an Parolen, wurde konsequent von Pfiffen und Sprechchören der

Nazigegner übertönt.

Das Ziel des "Forum gegen Rechts", die Nazis gar nicht erst losmarschieren zu lassen, ließ sich jedoch nicht umsetzen. Hätte etwas anders, besser laufen können? Theoretisch ja: Der Informationsfluss über die Ko-

ordinationen, die Lautsprecherwagen, den speziellen Radiosender war stellenweise etwas zäh bis widersprüchlich. Praktisch nein: Was nützen die beste Informationen, die klügste Strategie, wenn der Staat für jeden Nazi 30 bzw. für fast jeden Antifa-Teilnehmer einen Polizisten abstellt? "Dabei steht das Ergebnis der Demonstration nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg vom 15. Juni 2005 vorher fest. Darin heißt es unter anderem, dass das etwaige Ziel von Gegendemonstranten, die Demonstration der NPD zu verhindern, nicht vom Grundgesetz abgedeckt ist". ("Hunte-Report" vom 31.8.2005)

So werden sich, unter den herrschenden Verhältnissen, derlei Spektakel immer wieder so oder ähnlich abspielen. "Für den Oldenburger Einsatzstab ist der Auftrag klar definiert. 'Die NPD ist nicht verboten und hat einen Rechtsanspruch auf die Meinungs-

freiheit und das Demonstrationsrecht, solange sie sich auf den rechtlichen Grundlagen bewegt.'" (Hunte-Report, a.a.O.) Ebendieser Einsatzstab lässt die Nazis ungeschoren sämtliche Strophen des Deutschlandliedes absingen. Gleichzeitig werden mehrere für den gleichen Tag am gleichen Ort angemeldete Gegenveranstaltungen mit Tausenden TeilnehmerInnen von links bis Mitte so weit wie möglich per Staatsgewalt behindert, unterdrückt, drangsaliert. Danke, Rechtsstaat. ☐

"Ihr seid nicht hier, weil wir hier sind, sondern weil ihr die NPD schützt. Das ist das Problem."

DGB-Kreisvorsitzender Manfred Klöpfer zur Polizei



Am 10. September 2006 ist Kommunalwahl!

Ein wichtiger Termin für Wilhelmshaven!

Sie wollen sich politisch engagieren, aber keinen

Meinungs-/Fraktionszwang?

Sie wollen etwas für die BürgerInnen tun, aber nicht nur reden, sondern handeln?

Schon einmal über eine tatsächlich freie "Wählergruppe" nachgedacht?

Die Vorzüge einer Rats-Gruppe nutzen, trotzdem eigenständig handeln und persönliche, freie Entscheidungen treffen!

Ich trete am 10. September 2006 wieder an!

Treten wir, die wir Wilhelmshaven noch nicht aufgegeben haben, zusammen auf einer gemeinsamen Liste an?!

Joachim Tjaden Ratsherr (parteilos)

Sengwarder Str. 92, 26388 Wilhelmshaven

www.Joachim-Tjaden@freenet.de

Na toll!

Das Kultusministerium gibt mächtig an – die Kinder sind nach wie vor in den Hintern gekniffen

(noa) "Wenn Zahlen Rätsel aufgeben", so ist ein Artikel auf der Niedersachsen-Seite in der "WZ" vom 24. August überschrieben. Und in diesem Bericht wird im vierten Abschnitt behauptet: "Während eine Lese- und Rechtschreibschwäche (Legasthenie) an den Schulen seit Jahren als Teilleistungsstörung anerkannt ist, ist Niedersachsen nun das erste Bundesland, das auch eine Rechenschwäche so einordnet."

Klingt toll. Nur stimmt es nicht.

Tatsächlich ist Niedersachsen das letzte Land, das immer noch keine besondere Rücksicht auf Kinder und Jugendliche mit Teilleistungsstörungen nimmt. Im Mai 2004 versprach Niedersachsens Kultusminister auf einer Veranstaltung des Wilhelmshavener Stadtelternrates, sich des Problems der Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsstörungen endlich annehmen zu wollen. Darauf warten betroffene Kinder seither sehnsüchtig. In der "WZ" vom 25. April 2005 hieß es, "bis zur 10. Klasse solle die Versetzung künftig nicht mehr durch solche Probleme (gemeint waren Lese-, Rechtschreib- und Rechenschwäche) gefährdet werden" - das Kultusministerium bereite einen entsprechenden Erlass vor. Wenig optimistisch schrieb der Gegenwind in der Ausgabe 208 vom Juni 2005: "Hoffentlich kommt dieser angekündigte Erlass noch rechtzeitig für den Wilhelmshavener Jungen aus der Freiherr-vom-Stein-Schule, der bei sehr guten bis befriedigenden Leistungen in allen Fächern außer Deutsch und Englisch, wo aufgrund seiner Legasthenie Fünfen drohen, nicht versetzt werden soll."

Der Erlass kam nicht mehr rechtzeitig. Der Junge wurde nicht versetzt. Er bekam sogar in Mathematik eine Vier ins Zeugnis geschrieben, obwohl er auf Drei stand. Anders als der oben zitierte Artikel behauptet, wird eine Legasthenie eben nicht an allen Schulen als Teilleistungsstörung anerkannt, sondern es liegt im Ermessen der jeweiligen Schule, Rücksicht zu nehmen oder nicht.

An einigen Wilhelmshavener Schulen arbeiten informierte Lehrer und Lehrerinnen, denen es gelingt, auch den Kindern mit Teilleistungsstörungen ein Lernklima zu schaffen, in dem sie nicht demotiviert werden, in dem sie ihre Leistungsfähigkeit zeigen und einsetzen können, Erfolge erzielen – trotz der Legasthenie. Aber an anderen Wilhelmshavener Schulen wird so

großer Wert auf eine korrekte Rechtschreibung gelegt, dass ein legasthenes Kind in Deutsch nie über eine Fünf hinauskommen kann und deshalb ständig von der Nichtversetzung bedroht ist.

Übrigens: Dafür kann der gegenwärtige Kultusminister nichts. Die Streichung des niedersächsischen Legasthenie-Erlasses aus dem Jahre 1979 erfolgte schon zu SPD-Zeiten. 2002 bekamen wir die CDU-FDP-Landesregierung und blitzschnell danach eine tiefgreifende Schulstrukturreform". Die Abschaffung einer ganzen Schulform, der Orientierungsstufe, die Einführung des Abiturs nach 12 Jahren, so umfangreiche Projekte klappten beeindruckend schnell. Nur den Legasthenie-Erlass haben sie in Hannover noch nicht hingekriegt. Und ganz offenbar versagte an einigen Wilhelmshavener Schulen der vorausseilende Gehorsam – lag es in den letzten Jahren schon immer im Ermessen der einzelnen Schulen, wie sie mit legasthenen SchülerInnen umgingen, hätten sie auf der Grundlage dessen, was schon im April über den werdenden Erlass bekannt war, entsprechend beschließen können.

Wir haben beim Kultusministerium nachgefragt und erfahren, dass der Erlass sich "in der Endzeichnungsphase" befindet. Im Schulverwaltungsblatt 10/2005 oder 11/2005 wird er dann veröffentlicht werden.

Und was hat es nun mit dem Eigenlob auf sich, dass Niedersachsen als erstes Bundesland auch eine Rechenschwäche als Teilleistungsstörung anerkennt? Bis jetzt stimmt es jedenfalls nach Erlasslage noch nicht. Und wenn der Erlass in den nächsten Wochen dann endlich fertig wird und in Kraft ist, dann wird Niedersachsen das zweite Bundesland sein, in dem rechenschwache SchülerInnen besondere Rücksicht und Förderung genießen - in Thüringen steht die Rechenschwäche im Legasthenie-Erlass schon drin. □

AMERICAN STYLE RESTAURANT & COCKTAILBAR

Bonny's Diner

ÖFFNUNGSZEITEN:
 MO-DO 9 - 2 UHR
 FR 9 - 5 UHR
 SA 10 - 5 UHR
 SO 10 - 2 UHR

WHV, BAHNHOFSTR. 23 (KINOZENTRUM) TEL. 04421/ 983 506

Rechtschreibwerkstatt

Anette Nowak
 Legasthenietherapie
 Lese-/Rechtschreibtraining
 Diagnose und Beratung
 Auskunft und Anmeldung
 04421 - 99 64 70

TRIANGEL

second-hand-shop

An- und Verkauf von
 Schallplatten und CD's
 HiFi-Komponenten, Literatur + Comics
 u.v.m.
 Bahnhofstr. 7 * 26382 Wilhelmshaven
 Tel.: (04421) 4 21 84

KULTUR - KOMMUNIKATION

KLING KLING

WHV Zentrum
 Börsenstr.73 / Ecke Mitscherlichstr
MUSIK FÜR DICH

**Frühstücken
 Partys - Konzerte**

KLING KLING-eMail-News
 Kurze eMail an KLINGKLINGINFO@AOL.COM

Jonathan  *Naturkost*

Jonathan bringt's:

Die frische Abo-Kiste
 mit Obst & Gemüse der Saison.
Jetzt bestellen!

Wilhelmshaven ● Marktstr. 94 ● Tel. + Fax: 04421/13438

Von Pontius zu Pilatus

Eine junge Mutter ohne Geld zwischen sämtlichen Ämtern

(noa) Wie war das noch gleich mit Hartz IV und den Leuten unter 25? Junge Arbeitslose sollen in erster Linie in eine Ausbildung, wenn das nicht klappt, in Arbeit, mindestens aber in eine Arbeitsgelegenheit? Auf jeden Fall aber soll für sie gesorgt sein? Dieser Fall wirft erhebliche Zweifel auf.

Jessica K. (der vollständige Name ist der Redaktion bekannt) ist 21 Jahre jung und Mutter der dreijährigen Vivian. Sie hat keine Berufsausbildung, will das aber nun, da ihre Tochter in den Kindergarten gehen kann, ändern. Schon im Februar besprach sie mit Herrn B. von der GAQ ihr Vorhaben, im Schuljahr 2005/2006, also ab dem 25. August, das Berufsgrundbildungsjahr Holztechnik zu besuchen. Der Alg II-Bezug für Mutter und Kind, so lautete die damalige Auskunft von Herrn B., sei während dieser Maßnahme gewährleistet.

Am Tag vor Schuljahrsbeginn, einem Mittwoch, sucht Jessica morgens um 9 Uhr das Job-Center auf, um sich einen Änderungsbescheid für die laufende Leistung geben zu lassen. Ihre Tochter bekommt mit Vollendung des 3. Lebensjahres 5 Euro mehr von der Unterhaltsvorschusskasse, die beim Alg II abgezogen werden, und Jessica braucht den neuen Bescheid, um die Bezahlung des Kindergartenplatzes zu erwirken. Herr H., der beim Job-Center für sie zuständig ist, empfängt sie nach anderthalb Stunden Wartezeit, kann aber ihre Daten nicht im Computer finden. Auch Frau K., die sie zufällig abfängt, als sie unterwegs ist, um sich "eine Etage höher" zu beschweren, kann dem Computer keine Angaben entlocken. Offenbar findet sie aber im Büro ihres Kollegen H., bei dem Jessica zuvor vergebens war, ein Schreiben, das Jessica hätte kennen müssen, das ihr aber noch nicht zugestellt worden ist. Datiert vom 19. August, beinhaltet dieses Schreiben die Aufhebung der laufenden Leistungen ab dem 1. September. (Sie findet es zusammen mit dem Änderungsbescheid, der übrigens auch das Datum vom 19.08. trägt, am späten Nachmittag nach ihrer Odyssee durch die Ämter in ihrem Briefkasten.)

Also doch kein Alg II während des BGJ-Besuches? Und was stattdessen?

"Eine Etage höher" bekommt Jessica die entsprechenden Gesetzesparagrafen genannt und erfährt, dass sie für sich selber BAFöG und Kindergeld und für ihr Kind Sozialgeld beantragen muss. Es ist mittlerweile halb 12, und die Sozialgeldstelle hat nur bis 12 Uhr geöffnet. Am nächsten Tag geht die Schule los; Jessica hat also nur noch eine halbe Stunde Zeit, den Lebensunterhalt für ihr Kind zu organisieren. Für sich selber wird sie heute vielleicht sogar nichts mehr tun können, denn die BAFöG-Stelle hat mittwochs zu.

Fünf vor zwölf kommt Jessica im Rathaus an. Sehr erstaunt erfährt sie, dass Frau M. von der Sozialgeldstelle schon am Tag zuvor in ihrer Angelegenheit Post vom Job-Center bekommen hat. Wissen denn außer Jessica selbst schon alle anderen Bescheid? Tja, aber die Sozialgeldstelle, so Frau M., hat für die kleine Vivian nicht aufzukommen, sondern laut SGB XII § 21 – das Job-Center!

Bevor sie dorthin zurückgeht, sucht sie erst einmal im Cityhaus die Wirtschaftliche Jugendhilfe auf, um den Kindergartenbeitrag

zu beantragen. Ihre Nerven liegen schon blank, weil sie nicht weiß, wovon sie und ihr Kind ab jetzt leben sollen, und so erzählt sie der Sachbearbeiterin, die es ja eigentlich nichts angeht, ihre ganze Situation. Freundlicherweise ruft diese auch bei der BAFöG-Stelle an, so dass Jessica sich heute schon einen Antrag rausholen kann. Dort erfährt sie, dass die nächsten Zahlungen erst am 1. Oktober erfolgen werden. Und dass sie dann im Höchstfall 412 Euro bekommen wird. Und – fast noch interessanter: Dass auch die BAFöG-Stelle schon am Vortag in ihrer Sache Post vom Job-Center bekommen hat.

Mit der genannten BAFöG-Höchstsumme wird Jessica K. 200 Euro unter dem Existenzminimum liegen. Das Job-Center wird ja für ihren Anteil der Unterkunftskosten nicht mehr zuständig sein, wenn es kein Alg II mehr gibt. Kann sie es sich unter diesen Umständen überhaupt leisten, zur Schule zu gehen? Sie will aber etwas lernen, das BGJ als Einstieg nutzen, um irgendwann einmal in der Lage zu sein, für sich und ihr Kind aufzukommen. Und nun sieht es so aus, als müsste sie diese Pläne aufgeben und arbeitslos bleiben...

Am nächsten Tag gibt Jessica ihren BAFöG-Antrag ab und geht anschließend zur Sozialgeldstelle. Während sie noch im Flur wartet, bekommt sie einen Anruf von Frau G. (Job-Center), der Unterzeichnerin der beiden Briefe, die sie gestern Abend etwas verspätet bekommen hat. Frau G. hat mit ihrem Vorgesetzten den Fall durchgesprochen mit dem Ergebnis, dass Jessicas Tochter definitiv kei-

nen Anspruch auf Alg II habe. Damit ist der eben erst zugestellte Änderungsbescheid gegenstandslos.

Nach einer Stunde Warten darf sie zu Frau M. ins Büro. Diese hat auch eben einen Anruf von Frau G. bekommen und erfahren, dass das Job-Center nicht zuständig für Vivian sei – bestimmt, so Frau M., sei aber auch die Sozialgeldstelle nicht zuständig dafür, für das Kind aufzukommen. Es gäbe einen Gerichtsbeschluss über einen entsprechenden Fall, den sie nur gerade nicht finden könne.

Jessica lässt sich von ihr schriftlich bestätigen, dass es für ihre Tochter keine Zahlung von Sozialgeld geben wird.

Vom Rathaus ist es nicht weit bis zu RAN und WIWA, wo Jessica ihren Fall schildert und von wo aus sie bei der GAQ anrufen kann. Sie bittet darum, dass Herr B., der ihr im Februar versichert hat, während ihres BGJ-Besuches bekäme sie Alg II für sich und das Kind, bei Frau G. anrufen möge, um diese Frage noch einmal zu erörtern.

Zu Frau G. geht sie von RAN und WIWA aus. Herr B. ruft dort an, spricht mit Jessica persönlich und erklärt ihr, dass er damals im Februar bei der BAFöG-Stelle die Auskunft erhalten habe, dass BGJ-SchülerInnen Alg II bekämen – erst hinterher habe sich herausgestellt, dass das aber nicht für allein erziehende SchülerInnen mit eigenem Haushalt zutrifft. Im anschließenden Gespräch mit Frau G. bietet diese ihr ein Darlehen in Höhe von 500 Euro für den Monat September an.

500 Euro reichen gerade für die Miete und den Strom. Was sollen Jessica und Vivian im September essen?

Am 26. August bittet Jessica bei der Kindergeldstelle in Emden um ein Antragsformular. Sie will Kindergeld für sich selbst beantragen. Am Telefon erfährt sie, dass sie frühestens in zwei Monaten Geld von dort bekommen wird.

Vielleicht kann die Arbeitsloseninitiative helfen? Werner Ahrens studiert die Gesetze, die er schon x-mal durchgearbeitet hat, noch einmal unter diesem neuen Aspekt. Er kommt zu dem Schluss, dass Jessicas Tochter Sozialgeld bekommen muss – eigentlich auch logisch, denn wenn die Mutter aus dem Alg II-Bezug draußen ist, das Kind aber noch nicht arbeitsfähig ist, bleibt ja nichts anderes. (Tatsächlich bekommt Jessica K. jedoch einige Tage später Bescheid von Frau G.: Das Job-Center wird nun doch für das Kind zahlen.)

Und Werner Ahrens weist Jessica darauf hin, dass sie nun, da sie kein Alg II und damit keine Kosten der Unterkunft mehr bekommt, Wohngeld beanspruchen kann.

Ob und in welcher Höhe Jessica Wohngeld bekommt, darüber war bei Drucklegung dieser Gegenwind-Ausgabe noch nichts bekannt. Mittlerweile hat sie allerdings schon einen weiteren Schlag erlebt: Den Kindergartenplatz will man nur für halbe Tage bezahlen. Es ist keine Nötigung – Jessica muss ja nicht zur Schule gehen!

Ach so! Es ist also doch besser, lieber arbeitslos zu bleiben, sich nicht um Qualifizierung zu bemühen?!?

So leicht gibt sie nicht auf. Sie legt bei der Wirtschaftlichen Jugendhilfe ihren Stundenplan vor, um nachzuweisen, dass sie für Vivian wirklich einen Ganztagsplatz braucht. Ob ihr der bezahlt wird, auf diesen Bescheid muss sie eine Weile warten, denn die zuständige Kollegin ist gerade im Urlaub. □



**WählerInnengemeinschaft
für Wilhelmshaven**

**Treffen der WALLI:
Jeden 1. u. 3. Donnerstag im
Monat um 20.00 Uhr
in der Gaststätte
"Kreuzelwerk"
Freiligrathstr. 432**

**WALLI
Wilhelmshavener Alternative Liste
Tel./Fax: 04421 879249
E-Mail: w.alli@web.de
Internet: walli-whv.de**

meldungen

Antikriegstag 2005

Auszüge aus der Rede der DGB-Kreisvorsitzenden Dorothee Jürgensen am 1.9.2005 auf dem Wilhelm-Krökel-Platz:
Der 1. September – der Antikriegstag ist für uns Mahnung und Verpflichtung zugleich.
An diesem Tag wird an den Beginn des zweiten Weltkrieges erinnert, den die faschistische deutsche Wehrmacht mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 eröffnet hat. Seit Ende des zweiten Weltkrieges wird dieses Datum in der Bundesrepublik als Antikriegstag begangen. Gewerkschaften und Friedensgruppen organisieren bundesweit Kundgebungen, Mahnwachen und andere Veranstaltungen. Im Mittelpunkt steht die Mahnung: "Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus!"
Rechtsextremistischen Ideologien und Gewalt muss auf allen Ebenen mit demokratischen Mitteln entgegengetreten werden.
Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Und der Deutsche Gewerkschaftsbund wird sich auch weiterhin gegen Faschismus und Rechtsextremismus, gegen Krieg und für eine nachhaltige Friedenspolitik engagieren.



Welches Maß an Ungleichheit hält unsere Gesellschaft überhaupt noch aus? Ich denke, dass der zügellose Neoliberalismus und die wirtschaftliche Globalisierung mit deren Forderung nach Deregulierung, Sozialabbau und Entstaatlichung mit dazu beitragen, dass Demütigung und Ausbeutung über den gesamten Globus hinweg vorangetrieben und gestützt werden.
Eine Politik der Abrüstung und Konfliktprävention, der sozialen Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität, die wir wollen, muss mit der militärischen Aufrüstung Schluss machen. Diese Gelder sind besser investiert, wenn sie in sozial-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Aufgaben investiert werden.
So sichert man Frieden, denn nur wer nicht hungert, wer nicht friert, wer gut ausgebildet ist und durch Arbeit seine Existenz sichern kann, ist gegen Ausbeutung, Extremismus und Fanatismus gefeit, und Terror sowie Kriegen wird die Grundlage entzogen. (hk)

Wahlkampf



Spenden

Von wem stammt diese Aufforderung: "Bitte tragen Sie zu unserem Erfolg bei – mit einer Spende. Die Hälfte Ihrer Spende wird Ihnen das Finanzamt mit der Steuerrückzahlung erstatten."? Falsch geraten – es handelt sich nicht um die Linke, nicht um die Grünen und nicht um die MLPD, auch nicht um unsere Einzelbewerber – es handelt sich um die Partei der kleinen Leute, der Underdogs und Ausgegrenzten, es handelt sich um die FDP Wilhelmshaven, die unter dem Kennwort "Bauermeister" um Spenden für den Wahlkampf bittet. Der Lutz Bauermeister wird sich wohl gedacht haben: "Leute, die so blöd sind, für einen Zentimeter Autobahnplanung 100 Euro auf den Tisch zu legen, die werden mir sicherlich auch meine schönen gelben Plakate bezahlen." Er könnte Recht haben.
 Spendenaufruf auf bauermeister.fdp-wilhelmshaven.de/ (hk)



Keine Beratung der Arbeitsloseninitiative in Wilhelmshaven

Die Sozialberatung der Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven/Friesland (AL) ist in Wilhelmshaven, Jever und Sande von Montag, 5. September bis Freitag, 30. September 2005 aus betriebsbedingten Gründen geschlossen. Die Beratungsstelle in Varel in der HansasträÙe 9a wird am 6. September und am 20. September von 9.00 bis 12.00 Uhr besetzt sein. Ab dem 6. Oktober sind alle Beratungsstellen wieder geöffnet.

Links wählen!?

Ich bin ja in einer anderen Partei. Doch ich finde die WASG sehr lebend."

Frank Buscher, ver.di-Gewerkschaftssekretär

Mütter Zentrum

Werftstr. 45
Tel. 506 106

Ein Ort
der Begegnung
für Jung und Alt,
für Mütter, Väter,
Omas, Opas,
Tanten, Onkel,
Kinder . . .



SOS
Kinderdorf e. V.

Mütterzentrum

Öffnungszeiten Cafe MüZe:

Sonntag bis Freitag
09.30 - 13.00
Mittwochs auch
15.00 - 18.00
Neu: Donnerstags ab 8.00